



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/43

Hannover, 11. April 1949

Das Besatzungsstatut

dt. Als die SPD im Dezember 1947 dem Alliierten Kontrollrat Vorschläge für ein Besatzungsstatut unterbreitete, gab es noch eine Viermächteverwaltung und es gab einen Kontakt zwischen den Siegermächten. Es gab aber noch keinen Parlamentarischen Rat in Bonn. Wahrscheinlich würden die Vorschläge der SPD, würden sie heute unterbreitet, in vielen Einzelheiten anders aussehen. Im Prinzip aber gelten die Forderungen von 1947 heute noch, weil sie auf dem Recht fassen, das auch ein besiegtes Volk hinsichtlich einer von aussen unbeeinflussten Eigenentwicklung geltend machen darf, ein Recht, das von wechselnden Tages-situationen unberührt bleiben muss.

In dem jetzt verkündeten Besatzungsstatut wird dieses Recht am stärksten durch die Bestimmung eingeschränkt, dass die deutsche Regierung ohne Einverständnis der alliierten Behörden die deutsche Verfassung nicht ändern kann. Das kann unter Umständen zur Folge haben, dass das verweigert wird, was in Bonn unter schweren Kämpfen als ungenügendes Kompromiss nur deshalb zustandekommt, weil es die Besatzungsmächte so wollen, während es dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes widerspricht. Damit wird die Aussicht verbaut, Unvollkommenheiten der Bonner Verfassung, wie immer sie ausfallen mag, einer neuen Entwicklung anzupassen. Den Schaden werden nicht allein die Deutschen tragen, wenn sie auch am schwersten unter den Auswirkungen leiden werden. Deutschland ist der erste Puffer gegenüber dem bolschewistischen Expansionsdrang; während man hinter Deutschland - siehe Atlantikpakt - die Kräfte konzentriert, sieht man das Heil in Deutschland in einer möglichst tiefgehenden Zersplitterung. Man kann unter diesen Umständen nur hoffen, dass diesem Deutschland nicht die Zerstückelung obgedacht ist - das Besatzungsstatut wäre dann ein schlechter Schutz.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Bestimmungen wird das Besatzungsstatut in vielen Punkten mit dem Ruhrstatut in Konkurrenz treten; die Alliierten haben sich also in dieser Beziehung doppelt gesichert. Dass viele Köche den Brod verderben, ist eine alte Binsenwahrheit; man wird sich hier wie bei den politischen Klauseln des Besatzungsstatuts einzig allein mit dem Hinweis trösten müssen, dass das Leben

11. April 1949

stärker ist, als alle Paragraphen. Darum wird es wesentlich auf die Menschen ankommen, die das Besatzungsstatut handhaben werden. Sie können, wenn sie wollen, fast in jeden Bereich der deutschen Entwicklung eingreifen. Sie können diese Macht grosszügig ausüben oder kleinlich, je nachdem, was Geistes sie sind und woher sie kommen. Und sie kommen aus drei Ländern, die alle eine verschieden geartete Entwicklung hinter sich und auch für die Zukunft nicht immer die gleichen Auffassungen von den Dingen haben, die Deutschland angehen. Es ist klar, dass im Augenblick deutsche Einwandungen kaum Aussicht haben, gehört zu werden; sie müssen trotzdem ausgesprochen werden, damit nicht eines Tages, wenn etwas schief gegangen ist, gesagt werden kann, die Deutschen hätten widerspruchslos hingenommen, was später zum Unheil wurde.

Besatzungsstatut und Ruhrstatut sind die beiden Gesslerhüte, die wir nach dem verlorenen Kriege in Kauf nehmen müssen. Zwischen beiden soll das dünne Seil des Grundgesetzes gespannt werden und die deutschen Staatsmänner, die aus diesen drei Komponenten ein deutsches Eigenleben konstruieren sollen, werden viel jonglieren müssen, um bestehen zu können. Was die SPD mit ihren Vorschlägen vom Dezember 1947 wollte und was sie jetzt in Bonn will, ist nicht ein Tanzseil mit allen Möglichkeiten zu gefährlichen Situationen, so spannend es sein mag. Sie wollte vielmehr eine feste Plattform, um darauf ein solides Haus bauen zu können. Das ist, bei allen Fortschritten, die gegenüber der Situation von 1947 bestehen, verhindert worden. (m/2/114/2/he)

Wandel in der Ostzone?

W.B. Bereiten sich die Russen auf die Aufhebung der Berliner Blockade vor und damit auf ein neues Viermächte-Gespräch über das gesamtdeutsche Problem? Diese Frage wird in der letzten Zeit häufig von westalliierten Korrespondenten und Beobachtern gestellt. Man rechnet mit der Möglichkeit, dass über die gegenwärtigen propagandistischen Vorstösse hinaus ein ernster zu nehmender Verhandlungsvorschlag erfolgen könnte. Sicher scheint zu sein, dass die Russen bemüht sind, eine gewisse Entspannung eintreten zu lassen. Atlantikpakt und Marshallplan müssen ebenso wie das Scheitern der bisherigen Deutschlandpolitik und des Sturmangriffs auf Berlin zu solchen Überlegungen Anlass gegeben haben.

Als Symptom ist immerhin bemerkenswert, dass Botschafter Semjonow und General Draschin sich in der vorigen Woche zum Berliner Empfang anlässlich des Tages der amerikanischen Armee einfanden. Im gleichen Tag hatten sie noch mitteilen lassen, dass sie nicht erscheinen könnten. Aber zwischendurch kamen dann neue Instruktionen aus Moskau. In Berlin selbst ist seit den Wahlen am 15. Dezember zu bemerken, dass der Osten die Türe nicht ins Schloss fallen lassen möchte. Es gibt eine ganze

Reihe Anzeichen dafür, dass die Sowjets bereit wären, sich mit einer Doppelwährung abzufinden. Bei der ihnen unterstehenden S-Bahn haben sie sie bereits anerkannt.

In der Wirtschaftskommission der Ostzone hat man für die zweite Hälfte dieses Jahres Pläne ausgearbeitet, die die Aufhebung der Blockade zur Voraussetzung haben. Der Leiter der DWK meinte neulich sogar, man sollte die eventuelle Bildung einer Bundesregierung im Westen nicht dramatisieren, auf anderer Ebene würden noch ganz andere Pläne eingeschlagen. Inzwischen ist aber klar geworden, dass die Sowjets für die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands und die feste Eingliederung ihrer Zone in die Ostpolitik einen hohen Preis zahlen müssten. Der weitaus grösste Teil Deutschlands mit einer bedeutenden Industrie würde über kurz oder lang zu einem festen Bestandteil des westlichen Verteidigungssystems werden.

Eine Überprüfung der bisherigen Politik mag aber auch aus naheliegenden ökonomischen Gründen in Erwägung gezogen worden sein. Die Gegenblockade macht sich empfindlich bemerkbar und hat dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit in der Ostzone - bei viel niedrigerem Lebensstandard - im Verhältnis zur Bevölkerung ebenso gross ist wie im Westen. Das ist umso beschwerlicher, als ein grosser Teil der Ostzonewirtschaft an keinerlei Rentabilitätsrückichten gebunden ist.

Eine ungehemmt fortschreitende Verelendung der Ostzone würde erstens die Reparationslieferungen beeinträchtigen und zweitens die politischen Intensionen der Sowjets noch aussichtsloser erscheinen lassen als es heute ohnedies der Fall ist. Es gibt Anzeichen, die so gedeutet werden können, als ob einer weiteren Substanzvernichtung Einhalt geboten werden soll. Neben der Reparationswirtschaft scheint sich der Sektor eines halbwegs echten Aussenhandels mit Osteuropa zu erweitern. Der Handelsvertrag mit Polen sieht Wertmengen vor, die höher liegen als der gesamte deutsch-polnische Handel im Jahre 1938. Nicht ohne Zusammenhang damit mussten die SED-Führer in den Wochen nach Wyschinskis Karlsbader Konferenz immer wieder ihre Anerkennung der Oder-Neisse-Linie beteuern.

Die Hoffnung mag darin bestehen, dass man die Bevölkerung der Ostzone durch eine weniger ausbeuterische Wirtschaftspolitik beruhigen und den Abstand zum Westen verringern könnte. Ob einer solchen Absicht Erfolg beschieden sein würde, muss abgewartet werden.

Auf dem entscheidenden Gebiet der rechtlichen und politischen Verhältnisse ist jedenfalls - von einer gewissen Narrenfreiheit für die Mitläufer beim Volksrat abgesehen - keine Änderung zu verzeichnen und wohl auch nicht zu erwarten. Die für Mitte Mai angesetzten "Wahlen" zum Volkskongress, für den die Verteilung der Sitze nach volksdemokratischem Muster vorher festgelegt ist, tragen vielmehr alle Merkmale der bisherigen Praxis. Falls es den Sowjetern angebracht erscheint, belassen sie es bei einer neuen Propagandawache. Im anderen Falle werden sie behaupten, dass es sich beim Volkskongress um das freieste aller Parlamente handle, um sich bei der Bildung einer Regierung der Sowjetzone auf sein Votum berufen zu können.

Togliattis New Look

E.A.M., Rom, im April

Angesichts der schweren politischen Niederlage für die westeuropäischen kommunistischen Parteien durch den Atlantikpakt versuchen Togliatti und seine Freunde zu retten, was zu retten ist. In seiner Schlußrede zum ersten Punkt der Tagesordnung auf der Vollversammlung des Zentralkomitees seiner Partei gab er offen zu: "Die Verhältnisse, in denen wir uns befinden, sind hart." - "Kampf für den Frieden", heisst das neue Schlagwort. Der "Weltkongress der Partisanen des Friedens" in Paris vom 20. bis 24. April soll über das geschriebene Wahlbündnis einer inländischen Volksfront hinaus zu einer internationalen Völkerfront werden - mit deren Hilfe die Kommunisten aus ihrer wachsenden politischen Vereinsamung im Westen herauskommen möchte.

Der Organisationsleiter der italienischen Kommunisten, Pietro Secchia, rügte die mangelnde Initiative der grossen Massenorganisationen. Von den Parteikadern forderte er mehr Mut und Stärkung der politischen Disziplin. "Der jetzige Kampf für den Frieden wird umso wirkungsvoller sein, als er sich mit den Kämpfen im Arbeitssektor identifiziert", rief er aus und verlangte Mobilisierung der Gewerkschaften, Konsumvereine, Jugend-, Frauen- und Sportverbände, sowie der Organisationen ehemaliger Soldaten. "Der Einfluss der Partei auf das kleine und mittlere Bürgertum muss verstärkt werden, die Intellektuellen gewonnen werden", sagte Togliatti, während Longo grössere Verbreitung der "Unità" und "Rinascita" empfahl. Im Kriege habe das Volk gegen den "deutschen Eindringling" zusammengehalten; heute bedrohe die Politik de Gasperis Frieden und Bestand der Nation; wieder müsse die "nationale Politik" der Kommunisten Italien arretten. Die drohende und revolutionäre Sprache des Parteikongresses in Mailand ist also erst einmal aufgegeben; "es geht darum, die Massen mit entsprechender Propaganda aufzuklären". Und diese Propaganda muss örtlich verschieden den jeweiligen Bedingungen angepasst sein, gab Togliatti als Richtlinie; sie muss vor allem geeignet sein, den wachsenden Opportunismus und Fatalismus der Arbeiter umzukehren. Unter Leitung eines nationalen Organisationskomitees sollen im ganzen Land Orts- und Provinzausschüsse ins Leben gerufen werden, um in Massenversammlungen mit Delegiertenwahlen für den Pariser Kongress Stimmung zu machen. Eine propagandistische Unterschriftensammlung soll den Präsidenten der Republik Auflösung des Parlaments und Neuwahlen nahelegen.

Die grosse kommunistische Hoffnung in Italien ist nach wie vor die Gewinnung der Nenni-Sozialisten. Zwar wandte sich Togliatti gegen die Bildung einer neuen Volksfront, aber die Art seiner Ablehnung verstärkt eher den Eindruck vom gegenteiligen Wunsch. Es gelang den

11. April 1949

Kommunisten im gemeinsamen Aktionskomitee, das seit Auflösung der "Fronte popolare" besteht, gegen den Willen der Nennianer durchzusetzen, dass die Aktion zur "Mobilisierung des Volkes zum Frieden" koordiniert durchgeführt wird. Es sind die örtlichen Aktionsausschüsse, auf deren Wirksamkeit die Kommunisten rechnen. Und wenn sie so sagen können, dass eine Volksfront nicht besteht, so gibt es in den einzelnen Dörfern und Städten doch etwas sehr ähnliches.

Die innere Zerrissenheit der Nenni-Partei kommt den Kommunisten entgegen. Unter Nennis Vorsitz beschloss die Parlamentsgruppe der P.S.I. (Senatoren und Abgeordnete) die geschlossene Teilnahme am Pariser Kongress, während die eigentliche Partei nach Aussage Lombardis und Pieraccinis nicht mitmacht. In einer von Nenni redigierten Entschliessung zum bevorstehenden Parteikongress heisst es: "Die Drohung eines dritten Weltkrieges ist nicht mehr latent, sondern aktuell. Für die Regierung gibt es keinen Waffenstillstand weder im Parlament noch im Land." Hinter den Worten vom neuen "imperialistischen Krieg" stehen alle Strömungen von Pertini bis Lizzadri, von Basso bis Morandi. Alle führenden Männer der Nenni-Partei sind gegen den Atlantikpakt, aber zwischen Nenni selbst und Romita gibt es beträchtliche Differenzen; die drei Strömungen, die schon beim Genueser Parteitag um Führung rangen, bestehen noch immer. Es sind die Kommunisten, die diese innere Zerrissenheit der Partei für eigene Zwecke ausnutzen können. Ihr Liebeswerben gilt aber vor allem dem kleinen Bürgertum überhaupt. Innerhalb ihrer Partei hat damit die bisher auf Legalität besonnene Mittelgruppe Togliattis über den revolutionären Linksflügel Secchias die Oberhand siegt. Wie weit darin Moskauer Direktiven allein für Italien oder Zusammenhänge mit weltpolitischen Entwicklungen zu erblicken sind, lässt sich von Rom aus noch nicht beurteilen. (b/A/94:2/ha)

Die enttäuschte Labour Party

(sp) Die Labour Party hat bei den in der zweiten Aprilwoche durchgeführten Grafschaftswahlen eine erhebliche Schlappe erlitten. Während sie bei einem Gewinn von nur 14 Sitzen 102 Sitze abgab, verzeichneten die Konservativen einen Gewinn von 344 Sitzen, denen lediglich ein Verlust von 19 Sitzen gegenübersteht. In London, dessen Grafschaftsrat seit 15 Jahren eine Labour-Mehrheit aufwies, verlor die Labour Party mit 26 Sitzen nicht nur die absolute Mehrheit. Sie ging auch des Rechts verlustig, den Präsidenten des London County Council zu stellen; es ergab sich hier ein "totes Rennen" zwischen Labour Party und den Tories, die beide je 64 Sitze zu belegen vermochten. Die Entscheidung liegt so in den Händen des einzigen Vertreters der Liberalen, dessen Stimme bisher keinerlei Bedeutung besass, der jetzt jedoch das Zünglein an der Waage bildet.

Innerhalb der Labour Party hat der Ausgang der Grafschaftswahlen verständlicherweise eine starke Schockwirkung ausgelöst.

Nach der erfolgreichen Verteidigung sämtlicher Unterhaussitze, die durch Nachwahlen neu vergeben werden mussten, trug man auch vor den Grafschaftswahlen einen betonten Optimismus zur Schau. Man rechnete zwar mit kleineren Einbussen, da sich vor allem beim Mittelstand in der letzten Zeit eine leichte Rechtsschwenkung bemerkbar gemacht hatte. Aber das Ausmass des Rückschlags hat doch überraschend und nicht nur ernüchternd, sondern auch alarmierend gewirkt. Das erhellt am klarsten aus der Stellungnahme des "Daily Herald", der am Vorabend der Wahlen zum LCC eine vernichtende Niederlage der Tories als wichtig für London, England und die Demokratie bezeichnet hatte, und hinterher offen von einer "Warnung für die Labour Party" sprach.

Entscheidend für den starken Rechtsruck bei den Grafschaftswahlen scheint einmal eine gewisse Müdigkeit und Trägheit des Labour-Wahlapparates gewesen zu sein, der nicht mit der nötigen Initiative und Regsamkeit funktionierte. In erster Linie aber dürfte die Ursache dieser Labour-Niederlage in der Verärgerung breite^rer Volksschichten über die wenigen Tage vor den Wahlen erfolgte neuerliche Kürzung der Fleischrationen und über die Finanzpolitik der Labour-Party zu suchen sein. Just am Tage vor den Wahlen zum Londoner Grafschaftsrat hatte Sir Stafford Cripps seine Budget-Rede im Unterhaus gehalten, die alle Hoffnungen auf steuerliche Erleichterungen zerstreute, eine weitere Steigerung der Lebenshaltungskosten ankündigte und dem englischen Volk ein weiteres Jahr der "Austerity", d.h. des langsamen "Sichdurchhungerns" zur finanziellen Gesundung, auferlegte. Diese Etat-Rede ehrte Sir Stafford Cripps als einen Schatzkanzler von Format, der auf alle billige Popularität zu Gunsten des einmal für richtig befundenen Kurses verzichtete. Aber sie wirkte naturgemäss wie eine kalte Dusche und trieb sicherlich den Tories manche Wähler zu, die politisch sonst mit den Konservativen durchaus nicht einig gehen.

Die Labour Party hat bis zu den nächsten allgemeinen Parlamentswahlen noch über ein Jahr Zeit, die notwendigen Konsequenzen aus diesen Wahlen zu ziehen. (m/B65/114/2/he)

Zu Hugo Heimanns 90. Geburtstag

(sp) Am 15. April begeht der Freund und Testamentsvollstrecker August Bebel's, der Ehrenbürger von Berlin, Hugo Heimann, in New York seinen 90. Geburtstag. Er ist der Älteste unter den Alten, in deren Leben sich die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei seit der Zeit des Sozialistengesetzes widerspiegelt. Buchhändler von Beruf, war er in jungen Jahren Inhaber des Verlages Guttentag und durch Tüchtigkeit und Glück ein sehr reicher Mann geworden, doch gehörte er, wie Friedrich Engels, zu den wenigen, den^{en} der eigene Wohlstand nicht den Blick für die Not der arbeitenden Massen trübte. Er wurde Sozialdemokrat und stellte sich mit all seinen Fähigkeiten und all seiner Habe zur Verfügung. Als Berliner Stadtverordneter wurde er ein Pionier sozialistischer

11. April 1949

Kommunalpolitik, als Abgeordneter im Preussischen Landtag erprobte er sich im Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht, als Reichstagsabgeordneter war er viele Jahre lang wegen seiner vorbildlichen Geschäftsführung und Sachkenntnis allgemein verehrte Vorsitzende des Haushaltsausschusses.

Ein geistig hochstehender Mann, widmete er allen Fragen der Volksbildung seine besondere Aufmerksamkeit. Er stiftete aus eigenen Mitteln in Berlin die erste öffentliche Freie Volksbibliothek nach dem Muster der englisch-amerikanischen Public Libraries, und als ihm infolge der Inflation die Mittel zur Erhaltung der Bibliothek ausgingen, gab er das Millionenobjekt als Geschenk der Stadt Berlin. Die Nazis rissen dafür im Goldenen Buch Berlins seinen Namen als den eines Juden aus. Wenn er an der Bücherei vorbeiging, die seine Schöpfung und sein Geschenk an die Allgemeinheit war, starrte ihm die Aufschrift entgegen: "Juden unerwünscht". Trotz aller Schikane konnte er sich nicht entschliessen, sein Vaterland zu verlassen, bis der britische Generalkonsul in Berlin ihm den dringenden Rat gab, "dieser Hölle zu entfliehen". Mit seiner Hilfe konnte er als achtzigjähriger Mann zusammen mit seiner siebenzigjährigen tapferen Lebensgefährtin zu seinen beiden Söhnen nach Amerika auswandern, die Tochter zurücklassend, die sich von ihrem sozialen Fürsorgeberuf nicht trennen wollte und bald darauf als Opfer des Naziterrors starb. Mit zehn Mark in der Tasche bestieg Hugo Heilmann das rettende Schiff.

All diese bitteren Erfahrungen haben an der Verbundenheit des Sozialdemokraten Hugo Heilmann mit dem deutschen Volk und der deutschen Kultur nichts ändern können. Zu ihnen bekannte er sich bei der Feier seines 85. Geburtstages, nachdem er die Glückwünsche des Stadtverordnetenvorstehers von New York und zahlreicher deutscher Freunde entgegengenommen hatte. Als inmitten des Krieges die nach Amerika emigrierten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten einen Aufruf erliessen mit der Forderung, nicht das ganze deutsche Volk für die Verbrechen Hitlers büssen zu lassen, war er einer der ersten, die unterschrieben. Wenn dann, ein paar Jahre später, die Berliner Stadtverordnetenversammlung das Ehrenbürgerrecht wieder für Hugo Heilmann herstellte, war das nicht mehr als ein ebenso bescheidener wie selbstverständlicher Akt der Wiedergutmachung.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüsst den Neunzigjährigen mit stolzer Freude als einen der Ihren, als einen der edelsten Kämpfer für ihre Ziele, als ein grosses Vorbild für nachrückende Geschlechter. Mögen ihm noch viele Jahre vergönnt sein, ihm zu zeigen, dass die Arbeit seines Lebens nicht vergeblich gewesen ist.

Verantwortlich: Peter Baunau